

# BÄCKER ZEITUNG

Offizielles Organ  
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Hamburg 23), Magstraße 27.  
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.  
Postzeitungsliste Nr. 1787a.

Buzug nach Schweden ist streng fernzuhalten.

## Ein kleines Trinkgeld für die Brodwucherer.

„Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft!“ denkt die deutsche Reichsregierung und bietet deshalb den Mitgliedern der Zolltarifkommission, die den Zollwucher unter Dach und Fach bringen sollen, Diäten (Zehrgelder) in Höhe von je 2400 M an. Die Herren haben noch einige Monate lang in Berlin zu thun, um die Tarifvorlage durchzubringen, damit sie dem im Herbst wieder zusammentretenden Reichstage, fein appetitlich zubereitet, auf den Teller gelegt werden kann. An und für sich könnte man nun sagen: „Was ist denn dabei, wenn die Regierung den Abgeordneten, die den Sommer hindurch im Schweiß ihres Angesichtes den Zolltarif durcharbeiten, eine kleine Entschädigung zahlt? Jeder Arbeiter ist doch seines Lohnes werth!“ Das wäre ganz richtig, wenn die Regierung bei anderen Gelegenheiten auch so spenabel wäre. Sonst ist sie nämlich nicht so stink bei der Hand mit dem Diätenzahlen. Als seiner Zeit der Norddeutsche Reichstag und später der deutsche Reichstag auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts ins Leben gerufen wurde, bestimmte die Regierung ausbrüchlich, daß die Mitglieder des Reichstages keine Diäten bekommen dürfen und auch keine annehmen dürfen. Während die Mitglieder des auf der Grundlage des indirekten Klassenwahlsystems zusammenberufenen Körperschaften ruhig ihre Tagelöhner in die Tasche stecken, hielt man es begehren nicht mit der Würde des Reichstages für vereinbar, daß sich seine Mitglieder für ihre im Interesse des Reiches geleistete Arbeit bezahlen lassen. Diese sogenannten Würde des Reichstages wurde nur vorgeschoben, um die Arbeiter von der Schwelgerei des Parlaments fernzuhalten und letzteres zu einem Privilegium der reichen Leute zu machen.

Dieser schlaue Schachzug hat es jedoch nicht verhindern können, daß die Vertreter der Arbeiter in den Reichstag einbezogen sind und dort den Vertretern der „nach Bildung und Besitz maßgebenden Klasse“ viel zu schaffen machen. So ist es denn auch gekommen, daß man seitens der meisten bürgerlichen Parteien die Hoffnung aufgegeben hat, die Diätenlosigkeit sei ein Mittel, den Reichstag „sozialistenrein“ zu bekommen, weshalb man zu verschiedenen Malen den Antrag gestellt und angenommen hat, es sollten den Reichstagsabgeordneten für ihre Thätigkeit Diäten gezahlt werden. Die Reichsregierung hat sich aber bislang um diesen wiederholt und mit großer Majorität gefaßten Beschluß durchaus nicht gekümmert; sie hält sich die Taschen zu und verweigert dem Beschluß des Reichstages ihre Zustimmung und so müssen die Reichsboten jahraus jahrein manotelang umsonst arbeiten. (Travailler pour le roi de Prusse — für den König von Preußen arbeiten, nennt dies der Franzose.)

Jetzt ist die Regierung mit einem Male anderer Meinung geworden, jetzt, wo es sich um die Interessen der Agrarier handelt. Da folgt sie der leisesten Anregung und bietet den Mitgliedern der Zolltarifkommission die Diäten auf dem Präsentirteller dar. Man weiß eigentlich gar nicht einmal, wer diese Anregung gegeben hat, denn die verschiedenen Parteien haben ihre Urhebererschaft bestritten, aber die Regierung ist über Nacht der Meinung geworden, daß die Zahlung von Diäten eine ganz schöne Sache ist. Es läßt sich mit der Würde eines Reichstagsabgeordneten sehr wohl vereinigen, Diäten anzunehmen — falls er natürlich der Brodwuchererkommission angehört. Alle anderen Reichstagsabgeordneten müssen nach wie vor umsonst arbeiten, nur den Brodwucherern wird ein Trinkgeld in die Hand gedrückt. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen und freimännigen Partei haben die Annahme von Diäten für diesen speziellen Fall abgelehnt, die Freunde der hohen Zölle aber stecken die Diäten ruhig in die Tasche. Vielleicht denken sie, wenn das Volk doch einmal um Millionen geschöpft werden soll, so kommt es auf die paar Tausend Mark für Diäten auch nicht an. „Wer das Kleine nicht ehrt, ist das Große nicht werth!“ ist ihr Wahlspruch. „Also her mit den Diäten! Wir legen sie eben zu den anderen

Liebesgaben, die uns die Regierung bereits seit Jahren in die Tasche hineinspielt!“

Das Gebahren der Regierung fordert die schärfste Kritik heraus. Sie, die sonst so Inderig ist, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt, sie, die erst jeden Pfennig dreimal umdreht, ehe sie ihn für Volksbildung oder Wissenschaft ausgießt, sie, die zu arm ist, um den armen Invaliden der letzten Kriege eine anständige Pension zu bezahlen — hier, wo es sich um die Förderung des Agrarismus handelt, hat sie plötzlich Geld genug. Und da bestreite noch Jemand, daß die Reichsregierung agrarisch durchseucht ist bis auf die Knochen. Weil dies aber so ist, muß die Arbeiterpresse immer von Neuem wieder bei jeder Gelegenheit auf das Unheil hinweisen, das unserem gesammten Vaterlande droht, wenn das von der Regierung gehätschelte Agrariertum seine volksfeindlichen Pläne zur Ausführung bringen wird.

Da ist es denn gut, daß auch von nichtsozialdemokratischer Seite auf diese Gefahr aufmerksam gemacht wird. Gerade zu rechter Zeit hat der frühere Minister Schöffle, ein gut konservativer und staatsreuer Mann, ein Buch erscheinen lassen, worin er unter dem Titel: „Gefahren des Agrarismus für Deutschland“ dem Agrarismus einen Spiegel vorhält. Seine Ausführungen wiegen um so schwerer, als Schöffle noch ein Feind des Sozialismus ist; aber durch gründliches Studium und aufmerksames Beobachten der wirtschaftlichen Vorgänge hat er sich ein Urtheil gebildet, das hohe Zölle für ein Unglück erachtet.

Zunächst tritt Schöffle der Behauptung entgegen, daß der Uebergang Deutschlands von einem „Agrarstaat“ zu einem „Industriestaat“ verhängnisvoll werden könnte. Er schreibt diesbezüglich:

„Der Höhepunkt, bis zu welchem für ein bestimmtes Land zu bestimmter Zeit oder für die Menschheit überhaupt jemals die Industriewidmung im ganzen kommen dürfte, ist völlig unbestimmbar. Alle zusammen, jeder in seinem Theil erreichen praktisch die zeitlich und örtlich mögliche Höhe; ob die letzte Höhe erreicht oder überschritten ist, und wie weit man noch vorwärts gehen könnte oder wieder zurückzugehen habe, vermag keine Handelspolitik voraus zu ermessen. Zweierlei aber wird man getrost sagen dürfen. Das eine ist: in einer Zeit, in welcher eben neue Welten erschlossen worden sind und die inneren Märkte täglich wachsen, muß man ziemlich hypochondrisch angelegt sein, um der Industrie das Bishierher und Nichtweiter heute schon zuzuberechnen. Das zweite ist: Die Prophezeiung einer notwendigen Zukunftskatastrophe für den Fall, daß man es unterläßt, jetzt den „Agrarstaat“ durch Beugung des „Industriestaates“ zu heben beruht auf leerer Einbildung. Wohl ist ein plötzlicher oder langsamer Niedergang der ganzen Nationalwirtschaft, und zwar ein baldiger, sicher zu erwarten, wenn man dem Agrarismus die Zügel schießen ließe. Katastrophen können von anderswo herkommen, aber durch weiteres Wachstums der Industrie kann nach den unüberwindlichen Gesetzen der Entwicklung von Welt- und Volkswirtschaft die prophezeite Katastrophe gar nicht eintreten.“

Ebenso bestreitet Schöffle die häufig gehörte Aechterung der wackeren Agrarier, daß das Wohl eines Staates, besonders im Falle eines Krieges, lediglich auf der Landwirtschaft beruhe und daß es deswegen die Pflicht eines Staates sei, wenn er sich wehrfähig erhalten wolle, die Landwirtschaft auf Kosten der Industrie zu begünstigen. „St ist es wahr“, so sagt er, „daß hohe Agrariertarife der Nation größere Sicherheit im Kriege verschaffen? Die Sehnen jeder nationalen Kriegsmacht sind viele Bataillone, wehrkräftige Männer zu Land und zur See, starke Finanzen. Die Agrariertarife können die Volkszahl durch Auswanderung, die Kriegstüchtigkeit der Einzelnen durch allgemeine Herabsetzung der Lebenshaltung, die Schiffsbemannung durch Herabdrückung des Ausfuhrhandels, die Finanzen durch Minderung der Steuerkraft nur schwächen; nationalpatriotisch ist das wohl nicht.“

Noch eine andere Vorspiegelung der Agrarier nimmt er unter seine Lupe. Bekanntlich haben die Ultramontanen durch den Mund des Abgeordneten Spahn den Antrag gestellt, man möge die Ueberschüsse der Zölle zu sozialpolitischen, arbeiterfreundlichen Zwecken verwenden. Daß dies nur geschehen ist, um die Zollerhöhung den katholischen Arbeitern, die zu rebellieren anfangen, schmachtender zu machen, sieht jedes Kind ein. Was aber, selbst wenn der Antrag ernst gemeint wäre, dabei herauskommen würde, schildert Schöffle folgenbermaßen: „Wäre der Antrag auf Verwendung der höheren Zolleinnahmen für Wittwen- und Waisenversicherung eine Ausgleichung für die Belastung? Auf die Dauer wird Niemand darüber im Unklaren bleiben, daß eine Agrarpolitik, welche dem ärmsten und größten Theile der Bevölkerung eine Riesenschuldenlast aufbürdet, wovon bestenfalls eine Kleinigkeit in die Reichskasse fließt, durch den Antrag Spahn nicht zu rationaler Sozialpolitik umgewandelt werden kann. Gegen Versorgung auf diesem Wege würde sogar der heilige Crispinus protestirt haben, denn er hat nicht bei den Armen das Leder geholt, und nicht dem großen Grundbesitz Schutze daraus gemacht.“ Der katholische Geistliche Crispinus, der den reichen Leuten das Leder sah, um den Armen Schutze daraus zu machen, würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er das Treiben der modernen „Heiligen“ beobachten könnte, die auf dem Grunde der armen Leute Leder holen, um den reichen Großgrundbesitzern Schutze daraus zu machen.

Zum Schlusse seiner Ausführungen fordert Schöffle auf zu einem energischen Kampfe gegen das unerschämte, volksfeindliche Agrariertum. „Der Agrarismus bedroht, was alle Regierungen erstreben, die vernünftige Welt-, Heimath- und Friedenspolitik zugleich. Es ist zu wünschen und noch zu hoffen, daß die Regierungen und die Bevölkerung nicht erst durch Schaden klug in allen drei Richtungen werden. Wenn aber demnächst die Mäßigung nicht waken wird, welche fruchtbare Handelsverträge erneuert, wenn dann der Handelsvertragsverein sogar zu einer Deutschen „Antiformzollbewegung“ sich erweitern müßte, um den Agrarismus zu stützen, so werden Bundesrath und Reichstag auf die richtige Welt-, Heimath- und Friedenspolitik, wenn nicht schon nach der nächsten, so doch gewiß nach einer der übernächsten Reichstagswahlen einleuten. Die Antiagrarier brauchen nur den Mund der Landwirthe zum Rufer für die Eroberung der Macht zu nehmen, um in überwältigender Gegenamtlung zu siegen. Glückselig, wer noch daran arbeiten kann und den Sieg erlebt!“

In diesem Kampfe gegen das Agrariertum bilden die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter die Kerntruppen; sie sind die einzigen, die es mit diesem Abwehrkampfe ernst meinen. Und an der unüberwindlichen Mauer der modernen Arbeiterbewegung wird die agrarische Hochfluth zerschellen und zerstäuben.

## Die soziale Lage der Münchener Bäckereiarbeiter auf Grund der Krankheitsstatistik.

—ch. Die Münchener Bäckereigehülfen haben schon zu wiederholten Malen das Glend ihrer sozialen Lage durch statistische Erhebungen darzulegen. Das erste Mal war es der Reichstagsabgeordnete Lebel, der die Ergebnisse einer solchen Erhebung in seiner Broschüre einreichte und das zweite Mal, es war Anfang des neunziger Jahre, gaben die Münchener Bäckereigehülfen selbst die Ergebnisse derselben in einer ziemlich umfangreichen Broschüre von Ant. Seidl heraus. Das Resultat beider Statistiken war in die Augen springend; hatte die Münchener Bäckereigehülfenschaft schon vor dem Erscheinen dieser Broschüre Grund genug, mit ihrer wirtschaftlichen Lage unzufrieden zu sein, so war dies nachdem erst recht angebracht. In bescheidenen, aber unumstößlichen Zahlen, mit trafen, aber unwiderlegten Worten schilderten Lebel und Seidl darin die elende und drückende Lage der Münchener Bäder-Sklaven. (Seidls Broschüre umfaßte mehrere Städte Deutschlands.) Und die deutsche Reichsregierung, wie überhaupt die ganze öffentliche Meinung, nicht minder aber die Bäcker, Meister wie Gehülfen, waren — wir sagen nicht gerade vor Entsetzen — aber mindestens vor Stagnen hierüber „paff“.

Wir sagen, die Bäcker selbst waren „paff“. Warum? Die Meister einerseits sahen nun schon im Voraus die Dinge, die kommen werden“. Ihre leichtbegreifliche Angst davor





